

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39
Telefax: 886 845 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Michael Müller MdB zur Verantwortung der Industrieländer: Umwelt und Entwicklung.

Seite 1

Armin Nentwig MdL zu den enormen Einkommensunterschieden in Bayern: Kaufkraftstudie widerlegt CSU-Hochglanzbrochüren.

Seite 3

Harald B. Schäfer MdB zum Erfordernis ökologischer Vorsorgestrategien: Umweltpolitik - ein Überlebensgebot (Teil II und Schluß.)

Seite 4

Rezension

Ralf Ludwig stellt das Buch "Demokratischer Sozialismus. Beiträge zur Verständigung" vor.

Seite 5

46. Jahrgang / 109

12. Juni 1991

Umwelt und Entwicklung

Zur Verantwortung der Industrieländer

Von Michael Müller MdB

Sprecher der SPD-Fraktion in der Klima-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages

In Bangladesh, einem der ärmsten und bevölkerungsreichsten Länder der Erde, zeigen sich bereits dramatische Folgen aus den menschlichen Eingriffen in das Klimasystem: In den letzten 30 Jahren hat sich dort die Zahl der Umweltkatastrophen verdreifacht, Jahrhundertsturmfluten treten nunmehr schon im Durchschnitt einer Dekade auf. 60 Prozent aller Toten, die nach 1945 bei Unwettern zu beklagen waren, entfielen auf dieses Land. Die zunehmende Häufigkeit der Sturmfluten über Bangladesh ist kein Schicksal, sondern eine Folge der menschlichen Eingriffe in das Klimasystem, für die in erster Linie die Industrieländer verantwortlich sind. Allein 80 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen, die in der Troposphäre einen wärmestauenden Filter bilden, entfallen auf die 20 Prozent der Menschheit aus den reichen Ländern der nördlichen Erdhalbkugel.

Bangladesh ist möglicherweise typisch für die weitere Zukunft. Die ökologische Verrottung der Welt geht auf das Konto der Industriestaaten, aber die Entwicklungsländer sind zuerst und besonders betroffen. Und während sich Nordeuropa durch Deiche schützen kann, werden Ägypten oder die Menschen an den großen asiatischen Flußdeltas dazu nicht in der Lage sein. Die Reichen sind die Täter, auch darauf beruht ihr Reichtum, aber die Ärmsten sind wieder einmal die Opfer. Bisher ist der reiche Norden weder fähig noch bereit, die Zerstörungen an der Natur durch einen ökologischen Umbau ihrer Gesellschaften zu stoppen und die soziale Spaltung der Welt durch Teilen zu überwinden. Somit ist zu befürchten, daß ein ökologischer Kolonialismus die Zukunft zu einem gnadenlosen Kampf um Sieger und Verlierer machen wird, bei dem die Industrieländer mit ihren großen politischen, wirtschaftlichen und möglicherweise militärischen Mitteln die weitaus besseren Karten in der Hand haben. Der Golfkrieg war hierfür bereits eine gefährliche Weichenstellung - die kalt ausgespielte Überlegenheit von High-Tech gegen eine skrupellose "Dritte-Welt-Arme". Der Krieg war, vielleicht sogar in erster Linie, auch ein Krieg um die Verfügung über die großen Öl- und Gasreserven der Golfregion zur Sicherung des westlichen "Way of Life".

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Für eine saubere Umwelt
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Die Politik der "führenden Industrieländer entwickelt sich immer mehr zu einer 'Als-ob-Veranstaltung', bei der es auf die Darstellung für den elektronischen Guckkasten ankommt, auf eine gut präsentierte Scheinwelt, während die Einleitung des Erforderlichen Lichtjahre von der Praxis entfernt bleibt. Neil Postman hat dieses Abgleiten in den "Show-down" treffend als eine "Verdoppelung der Politik" beschrieben: Auf der einen Seite das krampfhaft Bemühen, zumindest verbal auf der Höhe der Probleme zu sein, auf der anderen Seite aber eine praktische Folgenlosigkeit. Würden die eigenen Aussagen zur Gefahr einer globalen Klimakatastrophe ernst genommen, hätte dies radikale Eingriffe zum Beispiel in die Energiewirtschaft und den Verkehrssektor zur Folge. Weil das aber nicht gewollt ist und auch kaum wirkliche Unterstützung bei den Betroffenen findet, versuchen sich die Möllemanns und Töpfer mit Scheinaktivitäten durchzumogeln.

Im globalen Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichen Wachstumsinteressen, sozialer Ungleichheit und der Entwertung von Energie und Materie zeichnen sich die Konflikte der Zukunft ab. Den Schlüssel für eine sozial-ökologische Weltinnenpolitik gegen diese Bedrohungen haben allein die hochindustrialisierten Länder, denn nur sie verfügen über die technischen, ökonomischen und politischen Voraussetzungen, um die erforderlichen Reformen einzuleiten. Dies kommt einer revolutionären Umwälzung des Bestehenden gleich. Denn das industriewirtschaftliche Wachstumsmodell krankt an seinen Wurzeln.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Hauptverursacher der globalen Umweltzerstörung. Darüber darf auch das permanente Selbstlob der Bundesregierung in Sachen Umweltschutz nicht hinwegtäuschen. Unser Land ist bei den wichtigsten Faktoren für die globale Erwärmung der Erde mit überdurchschnittlichen Anteilen beteiligt:

- über 10 Prozent an der weltweiten Produktion von Fluorchlorkohlenwasserstoffen, Halonen und anderen klimarelevanten Chlorverbindungen. Ein Verbot für die Produktion und die Anwendung dieser sowohl ozonschädigenden wie klimaverändernden Stoffe wäre ein schneller und wirksamer Beitrag, zu dem die Bundesregierung bislang nicht fähig ist. Der Ausstieg soll erst Ende 1995 erfolgt sein. Dabei ist die spezifische Klimawirksamkeit der in der Bundesrepublik hergestellten Chlorchemikalien sogar deutlich höher als die Kohlendioxid-Emissionen aus der Verbrennung der heimischen Kohle;

- 5,5 Prozent an den weltweiten Kohlendioxid-Emissionen durch die Verbrennung von Erdöl, Gas und Kohle. Die Bundesrepublik Deutschland liegt damit hinter USA (23,8 Prozent), UdSSR (18,6 Prozent) und China (10,1 Prozent) weltweit an vierter Stelle. Der nationale Energieverbrauch ist 3,5 mal höher als im Weltdurchschnitt, der zudem zu drei Viertel von der Nachfrage der Industrieländer bestimmt wird. Allein in den alten Bundesländern sind vielmals so viele Autos registriert wie auf dem gesamten afrikanischen Kontinent.

Nach rund 150 Jahren Industriegeschichte steht die Menschheit vor einer grundsätzlichen Weichenstellung: Eine Verlängerung der heutigen Wirtschaftsformen und Lebensweisen ergibt keine Zukunft. Das "Treibhausjahrhundert" kommt aber nicht von selbst, nicht gleichsam naturgesetzlich, sondern weil die industrialisierte Welt die Naturgesetze mißachtet. Eine ökologische Selbstzerstörung wäre in erster Linie das Ergebnis von wirtschaftlichem Egoismus, politischer Verantwortungslosigkeit und ignoranter Dummheit. Die Abwendung der Gefahren ist eine Frage unserer politischen Fähigkeit zum reformerischen Umbau der Industriegesellschaft. In den 90er Jahren entscheidet sich, ob die Menschheit zu dieser sozialökologischen Gestaltungsaufgabe fähig ist und den Öko-Gau verhindern kann. Die reale Gefahr einer ökologischen Selbstzerstörung muß heute berücksichtigt werden, anderenfalls wird der Traum von einer friedlichen Welt zur Illusion. Aber nur wenige hochentwickelte Länder verfügen über die wirtschaftlichen, technischen und politischen Voraussetzungen für einen wirksamen Schutz der Natur. Die reichen Industriestaaten müssen sich dieser nationalen und internationalen Verantwortung für die Zukunft bewußt werden, zumal sie auch eine Bringschuld zur Wiedergutmachung der angerichteten Zerstörungen haben. Die Klima-Enquete des Deutschen Bundesta-

ges hat gangbare Weg aus der Gefahr aufgezeigt. Nun ist die Bundesregierung am Zuge, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und ihre permanenten Ankündigungen selbst ernst zu nehmen.

(/12. Juni 1991/rs/ks)

Kaufkraftstudie widerlegt CSU-Hochglanzbroschüren **Zu den enormen Einkommensunterschieden in Bayern**

Von Armin Nentwig MdL

Mitglied des Ausschusses für Landesentwicklung des Bayerischen Landtages

Am Tegernsee läßt's sich gut leben. Mit 53.020 Mark je Einwohner liegt die Kaufkraft in Rottach-Egern neben Icking mit 56.924 Mark in Bayern an der Spitze. Die Einwohner der Gemeinde Schalkham in Niederbayern haben dagegen nur durchschnittlich 9.161 Mark zur Verfügung. Während Bürger aus dem Landkreis Starnberg mit durchschnittlich 33.168 Mark aus dem Vollen schöpfen können, müssen sich die Einwohner von Cham mit knapp der Hälfte, nämlich mit 17.585 Mark, bescheiden. Dies zeigt eine neueste Kaufkraftstudie des Marktforschungsinstituts Infas auf.

Die Kaufkraftzahlen sind demaskierend für die CSU-Staatsregierung und belegen schlaglichtartig deren jahrzehntelange Versäumnisse und bewußt hingenommene Defizite bei ihrer Schwachstelle Regionalpolitik.

Der Verfassungsauftrag, gleiche Lebenschancen in allen Teilen Bayerns zu schaffen, gilt für Ministerpräsident Streibl und sein oberbayernlastiges Kabinett überhaupt nicht. Von der Staatskanzlei aus gesehen, endet Bayern ohnehin in Ingolstadt. Vom zuständigen Minister Gauweiler, sonst immer schlagzeilensüchtig, hört man nichts, wie die gleiche Entwicklung aller Landesteile vorangebracht werden kann.

Es ist wie ein Hohn, daß die CSU zu Wahlkampfzeiten immer Hochglanzbroschüren verteilt, wonach "Bayern Spitze" sei. Denn bei einem Vergleich mit den alten Bundesländern - zehn Länder ohne Berlin - nimmt der Freistaat bei der Kaufkraft je Einwohner mit 23.863 Mark nur einen 7. Platz ein und liegt mit dem Index 97,7 unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Es ist beschämend für die CSU-Staatsregierung, daß die beiden Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz mit 94,3 beziehungsweise 93,6 Punkten sogar unter der durchschnittlichen 100-Punkte-Berechnung aller neuen und alten Bundesländer liegt. Beide Bezirke nehmen sogar in der Reihe aller deutschen Regierungsbezirke nach Trier mit einer Kaufkraft von 20.461 Mark beziehungsweise 20.318 Mark die allerletzten Plätze ein.

Der Vergleich der sieben bayerischen Regierungsbezirke zeigt die krassen regionalen Unterschiede auf. Daß Ostbayern, also Niederbayern und die Oberpfalz, das absolute Schlußlicht bildet, macht dessen Rolle als Arbeitsreservoir der Ballungsräume nur noch deutlicher. Daß selbst vier von sieben bayerischen Regierungsbezirken mit der Kaufkraft wesentlich unter dem bundesletzten Saarland mit 21.932 liegen, sollte die Staatsregierung veranlassen, künftig bei Regierungserklärungen die allzu vollmundigen Sprüche besser abzuwägen. Besonders die CSU-Abgeordneten müßten nun angesichts dieser neuen Infas-Analyse umdenken. Sie sollten sich nicht länger als Hofjubilier wie zu Königs Zeiten mißbrauchen lassen, um die horrenden Unterschiede zu vertuschen und zu kaschieren. Daß es mindestens 20 Prozent Unterschiede der einzelnen Gebietskörperschaften in allen bayerischen Regierungsbezirken gibt, zeigt deutlich die Fehlentwicklung.

Die bayerische SPD fordert die Ansiedlung neuer Betriebe und die Verlagerung bestehender nach landesweiten Auswahlkriterien sowie keine weitere Konzentration in den Ballungsräumen. Die bisher aus München zentral gesteuerte Regionalförderung muß auf die örtliche Ebene verlagert werden. Es muß ein Strukturfonds zum Abbau des regionalen Wirtschaftsgefälles eingerichtet und Regionalentwicklung sowie Strukturhilfen gefördert werden.

Solange die CSU-Staatsregierung nicht ernst macht mit der Forderung "die Arbeit muß zu den Menschen" und mit massiven Behördenverlagerungen den totalen Zentralismus nicht endlich beendet, wird es im Dampfkessel München keine notwendige Entlastung geben und in den strukturschwachen Räumen keine Annäherung in der Kaufkraft und damit der Lebenschancen an die Ballungsräume?

(-/12. Juni 1991/rs/ks)

Umweltpolitik - ein Überlebensgebot (Teil II) Zum Erfordernis ökologischer Vorsorgestrategien

Von Harald B. Schäfer MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Nach unseren Vorstellungen kommt daher bei der ökologischen Umstrukturierung der Industriegesellschaft marktwirtschaftlichen Instrumenten, die eine Lenkung über den Preis anstreben, eine entscheidende Bedeutung zu. Steuern und Abgaben, mit gewissen Einschränkungen auch Zertifikatslösungen werden wir in der Ökologiepolitik zukünftig stärkere Beachtung schenken müssen. Solche preistlichen Signale sollen Wirtschaft und Verbrauchern anzeigen, welche Produkte, Produktionsverfahren und Verhaltensweisen aus ökologischen Gründen mittel- und langfristig verändert werden müssen.

Ob es gelingen wird, mit diesen relativ "weichen" Instrumentarien tatsächlich die notwendige Trendumkehr zu erreichen, ist für mich durchaus offen. Es ist aber eine (vielleicht die letzte) Chance für die Marktwirtschaft, mit marktwirtschaftlichen Mitteln Fehlentwicklungen des Marktes zu korrigieren. Daß dies in vielen Bereichen nicht ohne Flankierung durch das Ordnungsrecht gehen wird, werden auch hart gesottene Marktwirtschaftler zugestehen.

Ein Schlüsselbereich für die ökologische Erneuerung ist die Energiewirtschaft. Die Frage, ob es gelingt, unseren Energieverbrauch bis zum Jahre 2000 um mindestens 20 Prozent zu reduzieren, ist entscheidend für die Abwendung der drohenden Klimakatastrophe. Dies wäre eine konzentrierte, nationale Anstrengung wert. Aber sowohl die monopolisierten Versorgungsunternehmen, wie auch die Bundesregierung, verharren hier in Tatenlosigkeit. Die längst vorhandenen umweltverträglichen Alternativen in Form von Energieeinsparungstechnologie und regenerativen Energiequellen können sich am Markt nicht durchsetzen. Sie zu subventionieren wäre sicherlich nur der zweitbeste Weg. Die bessere Lösung liegt darin, die fossilen und nuklearen Energieträger endlich mit den vollen gesellschaftlichen Kosten ihrer Nutzung zu belasten. Auch hier würde sich dann sehr schnell zeigen, daß die ökologisch verträgliche Lösung auch die ökonomisch vernünftigste ist, die sich dann auch am Markt durchsetzen würde.

Ähnliches wie für den Schlüsselbereich Energie gilt für chemische Grundstoffe. Wir wollen darum im Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission beantragen, die für diesen Wirtschaftsbereich alternative Entwicklungspfade untersuchen soll. Weitere Kernbereiche einer ökologischen Erneuerung müssen der Verkehrssektor und die Landwirtschaft sein.

Wenn die Industriegesellschaft eine Zukunft haben soll, muß sie sich grundlegend verändern. Wir brauchen eine neue industrielle Revolution unter dem Zeichen der Ökologie. Eine solche

Revolution läßt sich nicht von oben verordnen. Sie muß aus den Planungsbüros und aus dem Management der Industrie wachsen. In sie müssen Engagement, Phantasie aber auch Risikokapital fließen. Wenn wir darauf alle gesellschaftlichen Kräfte konzentrieren, wird der unvermeidliche Gegensatz von Ökologie und Ökonomie bald der Vergangenheit angehören.

(-/12. Juni 1991/rs/ks)

REZENSION

Verständigungstexte für einen Zukunftsdiskurs

Malte Ristau / Martin Gorholt (Hrsg.): Demokratischer Sozialismus. Beiträge zur Verständigung. Marburg 1991, DM 12,00. Mit Beiträgen von Wolfgang Thierse, Susanne Miller, Horst Heimann, Peter von Oertzen, Helmut Dubiel, Peter Glotz, Andre Gorz und Johano Strasser.

Nach dem ökonomischen und politischen Zusammenbruch der Gesellschaften sowjetischen Typs wird so mancher Marketing-Profi (in) der SPD dazu geraten haben, künftig den Begriff Demokratischer Sozialismus weitgehend zu meiden, vielleicht sogar das Firmenschild zu wechseln. Auch zu den guten Ratschlägen, die ein aktuelles Zeitgeist-Buch ("Tradition und Konfusion - SPD") der SPD gibt, gehört die Charakterisierung des Demokratischen Sozialismus als "integrative Lüge".

Ich halte diesen Zugang zur Profil- und Identitätsdiskussion der SPD für falsch. Auch deshalb, weil Willy Brandt 1972 den größten sozialdemokratischen Sieg bei Bundestagswahlen verbuchen konnte, obwohl/ weil er den Sozialismus-Begriff offensiv und zentral im Wahlkampf benutzte. Ernst nehme ich hingegen Hinweise, insbesondere aus Ostdeutschland, die in der Konsequenz den Nachweis von sozialdemokratischer Offenheit, Lernfähigkeit und dezidierter Wertorientierung erfordern.

Neun Beiträge (von Thierse, Miller, Heimann, Oertzen, Dubiel, Glotz, Gorz, Strasser) in einem gerade erschienenen Taschenbuch führen ausdrücklich keinen Belastungsdiskurs, sondern sie verstehen sich als Verständigungstexte für einen Zukunftsdiskurs, der sich an den genannten Kriterien messen lassen kann. Die Autoren definieren den Demokratischen Sozialismus nicht als quasi-Endstation des historischen Prozesses oder als geschlossene Globalalternative zum Bestehenden. Demokratischer Sozialismus ist für sie vielmehr ein Emanzipationsziel und eine Emanzipationsbewegung: Ihr gemeinsamer Maßstab zur Beurteilung ist ein Maximum an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - nicht nur für alle, sondern auch für jede(n) einzelne(n).

Von dem sogenannten realen Sozialismus wird (und soll) auch nach ihrer Überzeugung nichts übrig bleiben. Was aber bleibt, sind die Widersprüche unserer kapitalistischen Gesellschaft samt der enormen historischen Wandlungsfähigkeit dieser Gesellschaft. Ergebnisse sind einerseits beeindruckende Momente der Emanzipation und Individualitätsbeförderung, andererseits eben auch alte und neue Formen der Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung. Es ist Peter von Oertzen, der am hartnäckigsten auf die Geschäftsgrundlage sozialdemokratischer und rot-grüner Politik hinweist.

Dem zwiespältigen Charakter der kapitalistischen Gesellschaft, mit seiner zivilen wie seiner 'wölfischen' Seite, begegnet die Sozialdemokratie mit regulativen Ideen und Konzepten. Die qualitativen Unterschiede, die wir in Skandinavien, in Westeuropa, in den USA und andernorts wahrnehmen, sind der Ausfluß einer solchermaßen konzipierten Politik. Soziale, ökologische und demokratisch-partizipative Strukturelemente werden eingebaut mit dem Ziel, die kapitalistische Risikogesellschaft bis zu ihrer Unkenntlichkeit zu zivilisieren.

Das Berliner Programm der SPD, darauf verweist Susanne Miller, enthält viele gute Beispiele für solche Strukturelemente, die sich nicht mit der "Balance des Erträglichen" (Jürgen Habermas) zufrieden geben. Ich denke hier insbesondere an den Abschnitt über "ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften", der im Fortschritt '90 Programm konkretisiert wurde. Links vom sozialdemokratischen Programm - das hat Claus Offe kürzlich betont - sind die Begriffe von Sozialismus heute in der Bundesrepublik operativ leer.

Die Autoren entwickeln den Demokratischen Sozialismus als Leitidee, die historisch gewachsene Visionen, Grundwerte und Strategie zusammenbindet. Die Beiträge dienen der Verdeutlichung: Sie bieten eine kleine Programmgeschichte der SPD, markieren die Unterschiede zum leninistischen Sozialismus, setzen sich mit konservativen Widerreden auseinander und führen durch die Art ihrer Anlage mitten hinein in das Selbstverständnis von "dauernder Aufgabe und Lernprozeß". Susanne Miller zeigt, wie fruchtbar diese Definition ist: Einer dauernden Aufgabe wird man nur so gerecht, indem man Erfahrungen verarbeitet und aus ihnen Konsequenzen zieht.

Der neue Fortschrittsbegriff des Berliner Grundsatzprogramms ist dafür ein guter Beleg. Fortschritt zielt danach auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens. Dieses Ziel verlangt umsteuern, auswählen und gestalten. Eine Gesellschaft, die auf Dauer überleben und die Chancen künftiger Generationen will, muß ökologisch und sozial radikal umbauen. Es ist dieser Ansatz, den mehrere Juso-Generationen in den 70er und 80er Jahren in der SPD mehrheitsfähig gemacht haben.

Es gibt auch Passagen in dem Buch, die zur Gegenrede reizen. Ich nenne hier stellvertretend zwei: So reduziert Horst Heimann an einer problematischen Stelle die Radikalität des Zugriffs folgenreich: Sozialismus sei nicht eine Frage der Produktion, sondern der gerechten Verteilung der Produkte. Das Berliner Programm der SPD geht entschieden weiter, wenn es fordert, auf das "Was", auf das "Wie" und das "Wozu" der Produktion gestaltend Einfluß zu nehmen. Peter von Oertzen andererseits galoppiert mitunter in die entgegengesetzte Richtung davon. Wenn er danach ruft, "die bürgerlich kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsformen zu sprengen", dann ist dies die Diktion des klassischen Juso-Antirevisionismus der frühen 70er Jahre. Sympathisch zwar, aber wohl doch nicht allzu realitätsverdächtig. An die Stelle des "Sprengen" gehört gut reformistisch das "Regulieren, Umformen, Überformen".

Peter Glotz kann ich folgen, wenn er den Begriff Demokratischer Sozialismus als "Ausdruck von Sehnsucht, Hoffnung und Orientierungsbedürfnis" würdigt und sich zu ihm bekennt; es ist für ihn ein Leitbegriff wie Christentum und Humanismus. Man kann Wahlen sicherlich ohne diesen Begriff gewinnen. Die Gesellschaft ist jedoch nicht vernünftig zu gestalten ohne eine ordnende Idee. Die SPD sollte schon eine Vorstellung von dieser Gesellschaft haben und gleichermaßen ein Ensemble der Ziele, die sie in verändernder Absicht ansteuert. Die SPD hat dieses Ensemble vor langer Zeit auf einen Begriff gebracht. In dem Sammelband finden sich gute Gründe, ihn nicht aufzugeben.

(-/12. Juni 1991/rs/ks)

Ralf Ludwig
